

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5399

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5399



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
17. Oktober 2025

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Brutalste Gewalt

Im Gaza herrscht Frieden – in Bern Krieg

von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli AG

Es sind unbeschreibliche Szenen, welche sich am vergangenen Samstag in Bern abgespielt haben. Die Bilder davon gehen zurzeit um die Welt – wahrlich keine gute Werbung für unser Land.

Wenn man sich die Videos vom Samstag anschaut, wird einem schnell klar, dass hier eine Meute am Wirken war und ist, die sich nicht um Menschenleben kümmert – auch nicht um die in Gaza. Unglaublich, was die Polizei sich alles gefallen lassen musste. Und kaum versuchten die Beamten, einen der äussert gewalttätigen Chaoten festzunehmen, wurde auf sie eingepöbelt – den Tod der tapferen Polizeibeamten nahm man dabei offensichtlich in Kauf.

Auch in Kauf genommen wurde der qualvolle Tod des Personals des Traditionshauses «Della Casa». Das wunderschöne Altstadtthaus wurde von den Chaoten in Brand gesteckt – und dies, obwohl sich im oberen Stock noch zehn Leute befanden, welche nicht herauskamen. Nur durch Zufall stand ein Wasserwerfer der Polizei derart günstig, dass es gelang, den Brand rechtzeitig einzudämmen und zu löschen.

Rückzugsort «Reitschule»

Seit Jahren können sich Kriminelle, Sozialgeld-Empfänger, Arbeitsscheue, Sans-Papiers und weitere illegal Anwesende in der Reitschule zu Bern verstecken. Von dort aus wird Gewalt ausgeübt – dorthin zieht man sich zum Schutz vor der Polizei zurück.

«Antifa» nennt sich die Bewegung, welche in allen Städten vertreten ist und natürlich nur vorgibt, «antifaschistisch» zu sein. Ein heeres Ziel, ein perfektes Deckmänteli und ein staatlich geschützter Rückzugsort – mehr braucht diese Brut nicht, um erfolgreich agitieren zu können. Okay, ein bisschen Geld muss auch noch sein – aber das kriegt man wohl von den NGOs und den Stiftungen rund um gewisse Milliardäre. Zur Not tut's auch noch etwas von der grosszügig ausgerichteten Sozialhilfe der Stadt Bern.

Der Handel mit verbotenen Substanzen aller Art erlaubt sogar die Finanzierung der Anreise weiterer Verbündeter aus anderen Städten – es kommen sogar Gesinnungs-genossen aus den Brutstätten der deutschen Grossstädte.

Aufwendige Verfahren

Stolz vermeldete die Kantonspolizei Bern 536 Festnahmen. In Tat und Wahrheit wurden zwar so viele Personen kontrolliert – die Zahl der effektiv in Gewahrsam Genommenen befindet sich im einstelligen Bereich.

Was jetzt folgt, ist aufwendigste Kleinstarbeit. Denn jedem Einzelnen, dessen Personalien erhoben wurden, muss lückenlos bewiesen werden können, dass er an einer der Gewalttaten, Zerstörungen oder Brandschatzungen teilgenommen hat. Dies wird äusserst schwierig, hat sich doch die Mehrheit verummmt, hinter grossen, extra dafür mitgeführten Stoffbändern und hinter Regenschirmen versteckt.

Und natürlich stehen dann die Winkeladvokaten in grosser Zahl bereit, um auf unsere Kosten ihre Schützlinge wieder rauszuhauen. Allen voran beklagten schon die «Demokratischen Jurist*innen» den Polizeieinsatz als unverhältnismässig und kontraproduktiv.

Den Vogel abgeschossen hat aber «Amnesty International». Pro Forma distanzierte man sich von der unbewilligten Demo – rief aber dann sofort auf, ihnen Fotos und Videomaterial von den Polizeikräften zukommen zu lassen – auf dass man wohl die «bösen Polizisten» verklagen und die «lieben Demonstranten» rausbauen kann. Meines Erachtens gehört auch «Amnesty International» verboten – denn diese Organisation schützt durch solche Hilfestellungen offensichtlich linke Gewalt.

Erstaunliche Unterstützung

Nebst dem «Feministischen Streik», der Gruppe «Klimastreik Schweiz» und mehreren islamischen Gruppierungen hat auch die Juniorenabteilung der SP, nämlich die «Juso» zur Teilnahme an der unbewilligten Demonstration aufgerufen. Man stelle sich vor, die SVP würde zur Teilnahme an einer unbewilligten Demo einer rechtsextremen Organisation aufrufen. Der «Blick», der «Tagi» und weitere linke Schmierblätter würden die ganz grossen Lettern hervorholen und selbstverständlich die Hatz auf unseren Präsidenten auslösen.

Meyer und Wermuth – beides ehemalige «JUSOS» – bleiben aber unbehelligt. Sie können sogar so tun, als ob sie nichts mit den «JUSOs» zu tun hätten... Dabei wurde die Demonstration nicht etwa für Gaza inszeniert. Sie richtete sich vielmehr ganz klar gegen Israel.

Unbewilligte Demos sind erlaubt...

Alec von Graffenried – eigentlich für die Sicherheit in Bern zuständig – bemühte sich, die mitlaufenden Chaoten in Schutz zu nehmen. Es sei nicht verboten, an einer unbewilligten Demo teilzunehmen.

Allein die Tatsache, dass zahlreiche Teilnehmer ihre Kinder im Schlepptau hatten, müsste Verfahren bei der KESB auslösen. Denn diese Kinder wurden ganz offensichtlich als Schutzschilder gegen die Polizei missbraucht.

Die Stunde der Heuchler

Herr von Graffenried, Frau Schneider-Schneiter, Herr Wasserfallen, Herr Pfister, Herr Nause, ja sogar einige prominente Exponenten der SP, der Grünen und der Hellgrünen beklagen nun wortreich die Gewalttaten, welche sich am letzten Samstag in Bern ereignet haben.

Der Schreibende forderte bereits 2020 per Vorstoss das Verbot der «Antifa». Leider stimmten damals die FDP und die CVP nicht zu – einzig Nationalrat Hanspeter Portmann (FDP/ZH) hatte den Schneid, uns zu helfen.

So kommt jetzt die Stunde der Heuchler. Denn ausgerechnet Vertreter dieser beiden Parteien fordern jetzt «härtere Gangart».

Jetzt muss durchgegriffen werden!

Die «Antifa» und der «schwarze Block» müssen verboten werden – Punkt! Dies erlaubt mittels entsprechender Änderung des Nachrichtendienst-Gesetzes das Abhören von Telefongesprächen und das Verwanzen von Räumen der Verdächtigen. Präsident Trump hat die «Antifa» umgehend verboten. Denn nur so kann der Staatsschutz Akteure, Financiers und sonstige Unterstützer überwachen und dingfest machen.

Das geltende Recht muss dahingehend geändert werden, dass die Teilnahme an einer unbewilligten Demonstration nicht als Übertretung, sondern als **Vergehen** taxiert wird. Ebenso muss jeder Teilnehmer für mindestens 48 Stunden in Gewahrsam genommen werden können.

Das bestehende Vermummungsverbot muss konsequent durchgesetzt werden!

Die «Reitschule» muss endlich geräumt werden. Den Besetzern ist eine letzte Frist von vier Stunden einzuräumen. Sollte sich die Polizei nicht imstande sehen aufzuräumen, so könnte ein Zug aus der Grenadier-Rekrutenschule aus Isonne das Problem innert zwei Stunden günstig und dauerhaft lösen.

Ob die Politik sich wieder einmal nur kurzfristig empört – oder ob wirklich ein Kurswechsel durchgesetzt werden kann, wird sich zeigen.

Andreas Glarner